

Am 18. September

Abfuhr für Sozialraub!

Egal, ob eine Große Koalition kommt oder eine CDU/FDP-Regierung, der neoliberale Schröder-Kurs wird fortgesetzt und noch verschärft: Noch mehr Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung, dramatische Ausweitung der Beteiligung Deutschlands an Interventionskriegen.

Die Unionsparteien und die FDP haben einen Katalog zur Fortsetzung der sozialen Grausamkeiten vorgelegt, der es in sich hat. Im Mittelpunkt stehen weitere Angriffe auf Löhne und Gehälter durch Arbeitszeitverlängerung, die Anhebung des Renteneintrittsalters und die weitere Aushöhlung der Tarifautonomie und der Rechte der Beschäftigten.

Die Abschaffung des Kündigungsschutzes in Betrieben unter 20 Beschäftigten und die Einschränkung der Mitbestimmung sollen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nicht mehr nur unterminieren, sondern an zentralen Punkten brechen.

Dazu kommt die Mehrwertsteuererhöhung auf 18%, die Abschaffung oder wenigstens starke Kürzung der Pendlerpauschale und der steuerfreien Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit, die Senkung des Arbeitslosengeldes und die Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit. Letzteres würde bedeuten, dass die Betreuung von Erwerbslosen den finanziell maroden Kommunen übertragen wird. Der Lebensstandard der Ärmsten



wird dadurch in den ärmsten Regionen noch weiter gedrückt.

Unionsparteien und FDP wollen den Spitzensteuersatz noch weiter senken. Paul Kirchhof, Angela Merckels designierter Finanzminister, will ihn sogar auf 25% senken. Die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel hat mit der Berufung

von Kirchhof in ihr »Kompetenzteam« bewiesen, wie rabiat sie die Umverteilung von unten nach oben betreiben will. Dass Kirchhofs Vorstellungen erst »ab 2009« umgesetzt werden sollen, kann nicht beruhigen.

Angela Merkel hat das Zeug zu einer neuen Margret Thatcher. Ihr

Programm ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen. Die britische Bergarbeitergewerkschaft wurde Mitte der 80er Jahre zerschlagen, weil die der alten Sozialpartnerschaft verhafteten Führungen des gewerkschaftlichen Dachverbands eine breite Solidarisierung hintertrieben. Das darf sich nicht wiederholen!

SPD-Kanzler Schröder präsentiert dreist die Fortsetzung seiner Politik. Er will die Logik von Hartz IV und der Agenda 2010 weitertreiben. Der Aufschwung der Linkspartei in den Umfragen hat ihn zu verbalen Konzessionen gezwungen: Nachbesserungen, eine symbolische »Reichensteuer«. Die ganze Richtung aber bleibt.

Schröder versucht sich wieder als Friedenskanzler zu profilieren. So wie damals mit seinem halben Nein zum Krieg gegen den Irak. Dabei steht er für dieselbe Außenpolitik wie Schwarz-Gelb: **Nationale Standortlogik statt Solidarität, mit heuchlerischer Menschenrechtsrhetorik verbrämte militärische Machtpolitik.**

Die SPD erlebt eine historische Krise. Ihre traditionelle Wählerbasis erodiert. Noch ist sie eng mit den Gewerkschaftsapparaten verbunden, aber auch da zeigen sich Risse. Das Kapital verlangt heute die rigorose Aufkündigung der Partnerschaft von oben. Die SPD hat darauf mit immer hemmungsloserer Anpassung geantwortet. Die sog. »neue Mitte« und die traditionelle Wählerbasis lassen sich damit nicht zugleich binden – so kann die SPD ihren Charakter als »Volkspartei« verlieren.

Die neue LINKSPARTEI ist poli-

tischer Ausdruck dieses Prozesses. Hier sammeln sich diejenigen, für die die Sozialdemokratie die politische Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen war – eine Aufgabe, die die SPD offenbar nicht einmal dem Anschein nach mehr wahrnimmt. Das große Verdienst der Linkspartei ist es, dass sie angefangen hat, die sozialdemokratische Hegemonie über die Gewerkschaften zu brechen. Das ist ein vielversprechender Anfang für eine politische Alternative.

Schon heute treten nicht bloß einzelne, sondern ganze Mitgliedergruppen der SPD in die WASG über. Eine große Zahl von gewerkschaftlich Aktiven ruft zur Wahl der Linkspartei auf, während die Gewerkschaftsspitzen sich damit zurückhalten. Ob es denen gelingt, der Masse der Mitglieder die Nibelungentreue zur SPD weiter zu verkaufen, muss bezweifelt werden.

Der Linkspartei wird vorhergesagt, drittstärkste Partei im Bundestag zu werden. Sie hat die Chance zum Aufbau einer Partei mit Massenanhang. Dann wird die Diffamierungskampagne gegen sie noch stärker werden.

Wenn sie ihren Zielen treu bleibt und tatsächlich die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Benachteiligten konsequent vertritt, dann wird die etablierte Politik einen regelrechten Krieg gegen sie führen. Die Alternative dazu wäre, dass die neue Kraft zurückweicht und sich anpasst.

Damit das nicht passiert, muss man ihr jetzt den Rücken stärken und sich dafür einsetzen, dass sie wahr macht, was in ihrem Wahlprogramm steht: Für eine soziale Gesellschaftsordnung zu streiten.

Sie nennen es »Integration«

Das Zuwanderungsgesetz der SPD-Grünen-Regierung will »Integration fördern, Zuwanderung ermöglichen, Flüchtlinge schützen«. Die Wirklichkeit sieht anders aus. An die Stelle von Abschiebungen ist in vielen Fällen die behördlich nahegelegte »freiwillige Rückkehr« nach Afghanistan oder in den Kosovo getreten. Trotz formaler Arbeitserlaubnis haben viele »geduldete« Flüchtlinge seit Anfang dieses Jahres ihre Jobs verloren, weil die Ausländerbehörden ihnen unterstellen, sie würden nicht genug an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken. Auch vom Bezug des ALG II sind diese Menschen ausgeschlossen.

2004 gab es nur 35 000 Asylanträge – das ist die niedrigste Zahl seit 20 Jahren. In den ersten Monaten des Jahres 2005 wurden es noch weniger. »Rot«-Grün hatte versprochen, für mehr Humanität einzutreten. Stattdessen trat SPD-Innenminister Schily eine Debatte über die Errichtung von Flüchtlingslagern in Nordafrika los. Europa macht dicht, und Deutschland ist dabei führend. Eine schwarz-gelbe Koalition wird auch in dieser Hinsicht die Politik der Schröder-Regierung fortsetzen und verschärfen.

Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche wirbt auf seiner Homepage mit dem Wahlkampfmotto »Arbeit, Familie, Vaterland«. Das war im vergangenen Jahr das Motto des NPD-Bundesparteitags. Ende 2003 hatte Nitzsche sich dagegen ausgesprochen »um die Wählerstimmen von eingebürgerten Türken zu buhlen.« Zum Asylrecht meinte er, dass »offenbar wird, dass in unsere auf Pump finanzierten Sozialsysteme der letzte Ali aus der letzten Moschee Zuflucht nehmen kann«.

Menschen, die schon Jahrzehnte in Deutschland leben und arbeiten, die hier geboren und aufgewachsen sind, werden nach wie vor als Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie haben die schlechtesten Bildungs- und Berufschancen und gelten als »Fremde«.

Nach rassistischen Anschlägen, die die internationale Reputation Deutschlands zu beschädigen drohten, hatte SPD-Kanzler Schröder schon einmal zu einem »Aufstand der Anständigen« aufgerufen. Gegen eine Politik, die Rassismus fördert, brauchen wir jetzt einen anständigen Aufstand – für eine Solidarität, die die Grenzen der Vorurteile und der Länder durchbricht.

Wie weiter nach dem Nein zur EU-Verfassung?

Interview mit Daniel Bensaïd



Daniel Bensaïd

Daniel Bensaïd lehrt Philosophie in Paris und ist führendes Mitglied der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) in Frankreich. Gemeinsam mit Linksintellektuellen aus anderen europäischen Ländern hatte er eine Antwort an Jürgen Habermas, Wolf Biermann und Günter Grass verfasst, die vor dem Referendum über den EU-Verfassungsvertrag die französische Bevölkerung aufgefordert hatten, mit Ja zu stimmen.

■ Warum habt ihr den Brief geschrieben?

Wir wollten denen widersprechen, die außerhalb Frankreichs eine negative Sicht auf unsere Kampagne für das Nein verbreiten. Die französischen Medien lieferten die Vorlage dafür: Die französische Nein-Kampagne sei chauvinis-

tisch, nationalistisch und ausländergefeindlich motiviert.

In Wirklichkeit ging es den Befürwortern des Nein darum, die soziale Ungleichheit anzuprangern und zumindest mittelfristig für alle in Europa gleiche soziale Rechte einzufordern. Die Version, die von den französischen Medien verbreitet und von Habermas wiederholt wurde, hat die Bedeutung und die Dynamik der Mobilisierung in Frankreich überhaupt nicht verstanden. Hier hat die vielleicht wichtigste politische Debatte seit 1968 stattgefunden, eine breite und tiefe Politisierung eines großen Teils der Gesellschaft – auch dank der Arbeit von so vielen Aktiven.

Die Nein-Kampagne hat klar und deutlich die liberale Politik der vergangenen 20 Jahre in Frankreich mit der neoliberalen Ausrichtung des EU-Verfassungstextes verbunden: Zerschlagung der öffentlichen Dienste, Ungleichheit, Verarmung.

Sogar die Bauern, die, so sollte man meinen, wegen der EU-Subventionen eher für die EU sind, haben mehrheitlich gegen die EU-Verfassung gestimmt, weil sie die ökologischen Konsequenzen einer auf den Export und die Gentechnologie fixierten Landwirtschaft ablehnen.

Auch in anderen Bereichen der Gesellschaft waren linke Gründe für das Nein ausschlaggebend, nicht der Rassismus der Rechten. Fast 80% der Lohnabhängigen haben gegen den Vertrag gestimmt. Alle Umfragen und soziologischen

Untersuchungen beweisen klar und deutlich: Es war eine Klassenwahl.

■ Wie geht es jetzt in Frankreich und Europa weiter?

Das nächste Europäische Sozialforum in Athen könnte ein neues Kapitel in der kurzen Geschichte der Sozialforen aufschlagen. Es findet nach den Referenden und nach den Wahlen in Großbritannien und Deutschland statt. Dort treffen sich Neokeynesianer, Linkssozialisten, Internationalisten und radikale Linke.

Wenn die Keynesianer wirklich entschieden und konsequent sind, kann es bis zu einem gewissen Grad durchaus zu einer Zusammenarbeit kommen. Denn wenn der Keynesianismus sein Ziel eines starken öffentlichen Beschäftigungssektors in Europa ernst nimmt, muss er die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in Frage stellen und die wettbewerbsorientierten Privatisierungen wieder zurücknehmen. Sonst hätte er keine Handhabe, die notwendigen Anreize für seine Politik zu schaffen.

Angesichts der heute in der EU vorherrschenden Politik würde allein dies schon eine große Konfrontation bedeuten. Wir werden sehen, ob sich die Vertreter des Keynesianismus darauf einlassen werden.

Neben der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Gewerkschaften sollten wir in Athen insgesamt die Verständigung zwischen sozialen und politischen Bewe-

gungen verbessern. Die Kraft der sozialen Bewegungen reicht allein auf sich gestellt nicht aus, die notwendigen Antworten zu geben.

Wenn wir die politischen Kräfte-

verhältnisse wirklich verbessern wollen, brauchen wir ein gutes Zusammenwirken von sozialer Mobilisierung und politischen Antworten. ★



Foto: Uwe Bitzel

Marx-Revival

Totgesagte leben länger

»In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Wir sehen, dass die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern lässt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft scheinen erkaufte durch Verlust an Charakter. In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andere Menschen oder durch seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden.«

Karl Marx, 1856



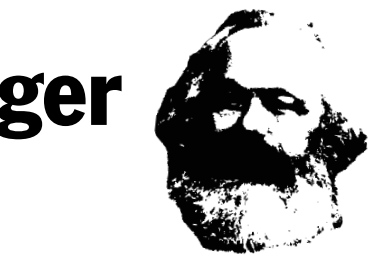
Noch nie hat sich das Kapital so frei bewegt wie heute. Fast ohne Beschränkungen kann es weltweit agieren. Systematisch ordnet es sich die Lebenschancen der

Menschen unter und zerstört die natürlichen sowie die gesellschaftlichen Grundlagen ihres Überlebens. Jeder Bereich wird der Profitlogik unterworfen, jedes Bedürfnis ausgebeutet. Millionen Menschen fragen nach den Ursachen dieser Entwicklungen, geben sich nicht mehr mit der Erklärung zufrieden, dies sei dem »Sachzwang Globalisierung« geschuldet. Sie erkennen, dass ihre eigene Verelendung ihre Ursache in den Profitinteressen von Kapitalbesitzern und in der Verallgemeinerung der Konkurrenz hat. Die gesellschaftlichen Verhältnisse erhalten wieder den Namen, der ihnen gebührt: Kapitalismus.

Der Mann aber, der die innere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus am treffendsten beschrieben hat, war Karl Marx. Er hat den Schleier von allen ideologischen Vernebelungen gezogen, mit denen den zur Lohnarbeit Gezwungenen der Blick auf die realen Verhältnisse verstellt wird.

Er hat das Kapital als ein »gesellschaftliches Verhältnis« beschrieben und nachgewiesen, dass daran kein Sachzwang und kein Naturgesetz ist, sondern allein das Interesse an der Aufrechterhaltung einer Klassenherrschaft durch immer stärkere Ausbeutung von Mensch und Natur. Damit hat er die bestehenden Verhältnisse als veränderbar beschrieben und das Fenster zu einer anderen Welt aufgestoßen.

Als 1989 die Mauer fiel, trium-



phierten die Ideologen des Kapitals: »Das ist das Ende der Geschichte.« Marx und der Sozialismus schienen nur noch etwas für die Müllhalde zu sein. So kurzlebig ist selten ein Sieg gewesen. Heute treffen Marx und seine Ideen wieder auf großes Interesse.

Bei einer Umfrage des ZDF im Jahr 2004 nach den größten Deutschen landete Karl Marx hinter Konrad Adenauer und Martin Luther auf Platz 3. 50% der Westdeutschen äußerten, die Kritik von Marx am Kapitalismus habe »heute noch ihren Sinn«, 56% fanden, der Sozialismus sei »eine gute Idee, die bislang nur schlecht ausgeführt wurde«. Als der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering im Frühjahr 2005 eine Debatte über Kapitalismuskritik auslöste, sprachen sich 75% der Deutschen für eine solche aus.

Wir erleben die ersten Ansätze dafür, dass das Werk von Marx wieder neu entdeckt wird. An den Hochschulen gibt es vermehrt Seminare dazu. Veranstaltungen, die seine Ideen aufgreifen, werden wieder stärker besucht. Menschen merken, dass oberflächliche Korrekturen nicht mehr reichen, man muss das Übel wieder an der Wurzel packen. Sie suchen umfassende Antworten. ★

Linke in Europa

In Deutschland entsteht derzeit eine neue politische Kraft links von der SPD. In anderen Ländern der EU spielt sich dieser Prozess schon seit längerem ab.

Seit Anfang der 90er Jahre sind in **Dänemark** die *Rot-Grüne Einheitsliste*, in **Portugal** der *Linksblock*, in **Italien** die *Partei der Kommunistischen Neugründung* (PRC), in **England** *RESPECT*, in **Schottland** die *Scottish Socialist Party* entstanden. In derselben Zeit erlebte die radikale Linke in **Frankreich** einen starken wahlpolitischen Aufschwung, ebenso die *Sozialistische Partei* (SP) in den **Niederlanden**.

Die damals in vielen Ländern regierende Sozialdemokratie hatte mit ihrer neoliberalen Politik links von sich ein Vakuum geschaffen. Jetzt zahlt die Sozialdemokratie europaweit den politischen Preis für ihre Anpassung an die neoliberale Wirtschaftsdoktrin, ihre unsoziale Sparpolitik und ihre Unterstützung expansiver Militärinterventionen.

Ein Teil der neuen Parteien links von der Sozialdemokratie hat sich in der **Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL)** zusammengeschlossen. Viele von ihnen sind in die nationalen Parlamente eingezogen. Das Wahlbündnis RESPECT in England hat in London sogar ein Direktmandat gegen die Labour Party erobert. Der portugiesische Linksblock konnte seine Stimmenanteile verdoppeln und acht Parlamentsmandate erringen.

Die genannten Parteien und Wahlbündnisse verstehen sich im Gegensatz zur Linkspartei in Deutschland ausdrücklich als antikapitalistisch und orientieren auf außerparlamentarische Massenaktionen. Das hat ihren Erfolgen nicht geschadet, im Gegenteil. Von ihnen wird erwartet, dass sie eine Alternative zur konkurrenz- und profitorientierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung entwickeln, nicht nur für eine bessere Verwaltung des Bestehenden antreten.

Auf ihrer letzten halbjährlichen Konferenz im vergangenen Juli hat die EAL dazu aufgerufen, die mit dem linken Nein in Frankreich und in den Niederlanden so erfolgreiche Kampagne gegen den neoliberalen und militaristischen EU-Verfassungsentwurf fortzusetzen.

Am 18.9. LINKSPARTEI wählen!

Nach über zwanzig Jahren neo-liberaler Politik, die auf Privatisierung, Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben setzt, ist die Bilanz katastrophal: Jedes siebte Kind lebt heute unter der Armutsgrenze, die Real-löhne sind gefallen, die Gewinne schrauben sich in Rekordhöhen.

Sechzehn Jahre Kohl- und sieben Jahre Schröder-Regierung haben die Mehrheit der Menschen von der Teilhabe am stetigen Zuwachs des gesellschaftlichem Reichtums und der Produktivität mehr und mehr ausgeschlossen.

Die Jugend leidet unter Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst. Die Solidarstrukturen verkommen, das Sozialgefüge ist zerrüttet, individuelle Gewalt nimmt zu. Wir werden daran gewöhnt, dass deutsche Soldaten wieder in aller Welt intervenieren. Die faktische neoliberale Koalition aus SPD, Grünen, FDP und Unionsparteien betreibt Aufrüstung nach innen und außen und eine Politik der Angst, um sie zu rechtfertigen.

Die offizielle Politik will angeblich mehr Beschäftigung. In Wirklichkeit ist sie gegen die Lohnabhängigen, die Erwerbslosen und Benachteiligten gerichtet. **Sie bedient unverhohlen die Interessen der Reichen und Konzernherren, d. h. einer kleinen Minderheit der Bevölkerung.**

Lange Zeit war keine Alternative sichtbar. Seit gut einem Jahr ist eine neue Akteurin auf der politischen Bühne erschienen. Neben die neoliberale Einheitspartei ist endlich eine linke Strömung mit Massenanhang getreten – die **LINKSPARTEI**, in Zusammenarbeit hauptsächlich mit der WASG.

Das ist ein großer Fortschritt. Sie zieht viele bisherige Mitglieder sowie Wählerinnen und Wähler der SPD an, aber auch viele, die in den letzten Jahren aus Mangel an Alternativen nicht mehr zur Wahl gegangen sind. Das ist ein Schritt hin zur notwendigen Neuformierung einer sozialistischen Massenpartei, die die kapitalistische Klassengesellschaft überwinden will.



Zum ersten Mal seit langer Zeit besteht die Chance, die sozialdemokratische Hegemonie über die Arbeiterbewegung zu brechen, massive Einbrüche in die SPD zu erzielen und die Gewerkschaftsbewegung mit neuen kämpferischen

politischen Inhalten zu beleben.

Eine Stimme für die Linkspartei ist ein Beitrag, diese Tendenz zu stärken.

Aber die Eroberung von Parlamentssitzen kann nicht die gesellschaftliche Opposition ersetzen. Ohne Widerstand in den Betrieben und Stadtteilen, ohne Mobilisierungen der sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung, ohne den Aufbau von dauerhaften Strukturen der Gegenmacht wird

eine Fraktion der Linkspartei im Bundestag hoffnungslos den Angriffen der Gegenseite ausgeliefert sein und schnell kapitulieren und sich anpassen.

Deshalb kommt es darauf an, am Wahltag des 18. September die Linkspartei zu wählen. An allen anderen Tagen kommt es darauf an, auf die Straße zu gehen und Widerstand zu leisten.

Koordination der internationalen sozialistischen linken (isl)

Das Programm der Linkspartei Agenda gegen Armut

»Für eine soziale Idee« nennt sich das Wahlprogramm, mit dem die **LINKSPARTEI** zur Bundestagswahl antritt. Darin sind auch Forderungen der Wahlalternativen

Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) eingeflossen, deren Mitglieder auf den Listen der Linkspartei kandidieren. Das Programm will die Bedürfnisse der

Mehrheit der Menschen wieder in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken. »Dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, streiten wir für eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben.«

Kritisiert wird nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern die Politik der bürgerlichen Parteien: »SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP bieten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Sie vertreten lediglich unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben.«

Folgerichtig werden Alternativen aufgezeigt, die die übelsten Verwerfungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems korrigieren sollen: »Das Gegenteil ist sozial und wirtschaftlich geboten: Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden. Öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen sind zu verbessern. Der Staat muss eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologienpolitik betreiben. Mit gerechten Steuern lässt sich das auch finanzieren.«

Dementsprechend wendet sich die Linkspartei gegen Lohndumping und 1-Euro-Jobs, gegen Arbeitszeitverlängerung, gegen die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Güter und weiteren Sozialabbau. Sie tritt ein für einen Mindestlohn von 1400 Euro, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und eine Grundsicherung von 750 Euro für Alleinstehende. Gefordert wird auch die Rücknahme von Hartz IV.

Das ALG II soll allerdings nicht abgeschafft, nur auf 420 Euro monatlich erhöht werden. Ob die Betroffenen mit 75 Euro monatlich mehr den Sprung aus der Armut schaffen werden, ist jedoch fraglich. Wenig überzeugend ist auch das halbherzige Bekenntnis zu einer Arbeitszeitverkürzung ohne Personalausgleich und ohne vollen Lohnausgleich für alle Beschäftigten.

Das Wahlprogramm der Linkspartei ist angelegt im Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Bedürfnissen »der Wirtschaft«, mit der man sich möglichst wenig anlegen will. Deshalb bleibt es vielfach hinter den Forderungen von Betroffenenorganisationen, wie z. B. Erwerbsloseninitiativen, aber auch der WASG zurück. ★

isl
internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Mindestlohndebatte

Ende gut, alles gut?

Die WASG fordert 1500 Euro Mindestlohn, im Entwurf des Wahlprogramms der Linkspartei war von 1400 Euro die Rede. Ver.di-Chef Frank Bsirske nannte dies öffentlich zu hoch, weil »nicht durchsetzbar«, Oskar Lafontaine nahm den Ball auf und meinte, man dürfe nicht über dem höchsten in anderen EU-Ländern geltenden gesetzlichen Mindestlohn liegen und höchstens 1250 Euro fordern. Nach heftiger öffentlicher Debatte einigten sich die Spitzen von Linkspartei und WASG schließlich auf die unpraktikable und unakzeptable »Kompromiss«forderung von 1000 Euro netto. Das ist nur wenig über der Pfändungsgrenze. Zusammen mit dem Wohngeld ist es auch kaum mehr als das derzeitige ALG II. Das aber liegt unterhalb der Armutsgrenze. Es deckt nicht den notwendigen Bedarf. Außerdem beruht das ganze Tarifsystem auf Brutto-, nicht auf Nettolöhnen.

Die Konferenz der Linkspartei Ende August lehnte den Vorstoß der Führung mehrheitlich ab, sodass im Wahlprogramm jetzt doch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 1400 Euro (brutto) steht. Ende gut, alles gut?

Der Vorgang ist lehrreich. Schon bevor es eine Parlamentsfraktion gibt, die dem üblichen Anpassungsdruck ausgesetzt ist, zeigen Spitzenpolitiker von Linkspartei und WASG ihre Bereitschaft, wichtige Forderungen zu verwässern. Je niedriger die Mindestlohnforderung angesetzt wird, desto unproduktiver ist sie, weil sie dann auch die niedrigsten tariflich vereinbarten Löhne nach unten zieht. Und mit dem Argument, der Mindestlohn dürfe in Deutschland nicht höher liegen als in anderen EU-Ländern, macht man das Lohndumping mit statt es zu durchbrechen.

Sozialforum in Erfurt

Wie geht es weiter mit den sozialen Protesten?

Interview mit **Angela Klein**



Angela Klein hat im Vorbereitungskreis für das 1. Sozialforum in Deutschland mitgearbeitet.

■ **Alles blickt auf die Wahlen am 18. September. Der Aufschwung der neuen Linkspartei ist das wichtigste Ereignis in Deutschland seit Jahren. Viele erhoffen sich davon eine Stärkung ihrer Widerstandskraft. Welchen Stellenwert hatte in einer solchen Situation das Sozialforum in Erfurt?** Das Sozialforum wollte zunächst helfen, die Zersplitterung der Protestbewegungen zu überwinden. Dafür bot es Gelegenheit für einen Dialog zwischen sehr unterschiedlichen Kräften, die sich alle in der Ablehnung der neoliberalen Politik einig sind. Aus diesem Dialog soll sich gemeinsames außerparlamentarisches Handeln entwickeln, und durch das gemeinsame Handeln letztlich auch eine gemeinsame Perspektive für eine gesellschaftliche Alternative. Das ist in Ansätzen gelungen, es ist aber auch noch viel daran zu arbeiten. Nach dem Wahldebakel der SPD in NRW, der Ankündigung von Neuwahlen und der Entscheidung Lafontaines, sich als Spitzenkandidat für eine gemeinsame Linkspartei in Ost und West zur Verfügung zu stellen, ist plötzlich eine politische Perspektive für die Linke greifbar geworden, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmalig ist: Sie kann auf Anhieb die drittstärkste Kraft im Bundestag werden.

Auf diese Partei richten sich nun viele Hoffnungen, das ist auch legitim. Wir wissen aber aus der Geschichte der Grünen und der PDS, dass eine Partei, selbst mit starker

Parlamentsfraktion, auf sich gestellt die Machtverhältnisse im Land nicht ändern kann. Ohne die Infragestellung der Macht des Kapitals in den Betrieben, ohne das Ankratzen ihrer schrankenlosen Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen und die öffentlichen Güter wird sich in diesem Land nichts zum Besseren wenden.

Das erfordert den Aufbau einer kraftvollen außerparlamentarischen Bewegung. Sie darf sich nicht als ein Anhängsel der Linkspartei verstehen, sondern muss von ihr unabhängig sein und eine eigenständige Gegenmacht darstellen.

■ **Auf dem Sozialforum wurde ja auch über die neue »Linkspartei« und das Verhältnis der sozialen Bewegungen zu ihr diskutiert. Wie war der Tenor?** Die Stimmung war erstaunlich kritisch. Natürlich begrüßten alle die Herausbildung einer solchen Partei. Aber bei den Aktiven, die vielfach persönliche Erfahrungen in der PDS oder früher bei den Grünen gemacht haben, ist man nicht geneigt, jetzt schon wieder vorschnell Vorschusslorbeeren zu verteilen. Es gibt da eine gesunde Skepsis, manchmal zu sehr abwartende Zurückhaltung, aber auch Ansprüche an die neue Partei.

Das ist anders als bei den vielen, die jetzt aus der Sozialdemokratie der WASG beitreten oder in den letzten Jahren aus Frust über die politische Entwicklung nicht mehr aktiv waren. Es gab Kritik an der jetzt schon wieder erkennbaren Neigung an der Spitze von WASG und Linkspartei, baldmöglichst wieder die Zusammenarbeit mit der SPD zu suchen, nachdem man sich gerade von ihr losgesagt hat. Es gab Kritik an der Neigung, die große Chance zum Neuformierungsprozess einer sozialistischen Partei dadurch zu verspielen, dass man wieder in parlamentarische Borniertheit verfällt, zu der ja auch die Vorstellung gehört, die Partei habe das Recht und das Monopol, die außerparlamentarische Bewegung im Parlament zu vertreten. Es gab Kritik am niedrigen Frauenanteil in der WASG und an der geringen Sensibilität für diese Frage...

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, dass die Saat, die auf dem Sozialforum aus-

gesät wurde, keimt und die sozialen Bewegungen anfangen, mit der neuen Linkspartei einen kritischen Dialog zu führen, der nicht Bittstellerei ist, auch nicht abgrenzende Anmache, sondern ein »Fördern und Fordern«.

■ **Welche Rolle spielten die Gewerkschaften, vor allem IG Metall und Ver.di für das Zustandekommen des Sozialforums in Deutschland?**

Ver.di hat vor allem in der Schlussphase das Sozialforum sehr stark und uneigennützig unterstützt – dieser Umgang ist für mich überraschend und höchst positiv. Die IG Metall hat sich nicht so stark engagiert. Aber beide waren da, übrigens auch die GEW und die IG BAU, und haben eigene Seminarangebote gemacht. Dennoch ist auf dem Sozialforum nur ein Bruchteil der Probleme zur Sprache gekommen, die die Gewerkschaften heute haben.

■ **Seminare zu Themen wie »Sozialismus« oder gar »Revolution im 21. Jahrhundert« waren in Erfurt überraschend gut besucht. Gibt es in den sozialen Bewegungen einen Aufschwung von Diskussionen über grundsätzliche gesellschaftspolitische Alternativen?**

Leider gab es nur 4 von 250 Veranstaltungen, die sich in Erfurt mit dem Thema »Sozialismus« befasst haben. Der überwiegende Teil der Seminare, die zum Themenbereich »Anders leben« durchgeführt wurden, drehte sich um Ansätze wie alternative Ökonomie, gerechte Weltwirtschaftsordnung, anders arbeiten, Abschaffung des Geldes usw. Die grundsätzliche Kritik an der Privatisierungspolitik spielte nur am Rande eine Rolle – das ist in Frankreich ganz anders.

Also: Sozialismus ist ein Thema, das neu entdeckt werden muss. Aber Erfurt hat auch gezeigt, dass es hierfür ein wachsendes Interes-

■ **Am letzten Tag gab es eine »Versammlung sozialer Bewegungen«, die auch eine Erklärung verabschiedet hat. Was sind die wichtigsten Punkte daraus?**

Die Ablehnung der Hartz-Gesetze, der Angriffe auf die Gewerkschaften, das Nein zur EU-Verfassung und die Ablehnung der Militarisierung bei uns und in der EU würde ich als die Schwerpunkte der Erklärung bezeichnen. Das spiegelt die Tatsache wider, dass in Erfurt mehr als auf jedem Europäischen und Weltsozialforum die sozialen Problemen im Mittelpunkt standen. Das ist höchst erfreulich und natürlich auch Ergebnis der sozialen Proteste der beiden letzten Jahre. Verabredet wurden der bundesweite Aktionstag am 5. 9. noch vor den Wahlen, eine Aktions- und Strategiekonferenz im November, eine bundesweite Konferenz der lokalen Sozialforen, ein europäischer Aktionstag für eine andere EU im März 2006, eine gemeinsa-



Foto: Uwe Bitzel

Ich würde mir wünschen, dass sie inhaltlich noch stärker präsent sind, nicht um zu dominieren, sondern um die gesamtgesellschaftliche Bedeutung ihrer Anliegen stärker bewusst zu machen, und natürlich auch um Bündnispartner zu gewinnen.

se gibt – vielleicht im Osten stärker als im Westen. Dazu passt, dass eine ostdeutsche Frau, die allein einen Workshop über ihre Erfahrungen in der DDR und in der Nach-Wende-BRD gemacht hat, riesigen Zulauf bekam.

me Mobilisierung gegen Überwachungsstaat und Rassismus anlässlich der Fußball-WM nächstes Jahr und eine Großmobilisierung zum G8-Gipfel nach Heiligendamm 2007. ★

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de • www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Bielefeld isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de
Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de
Frankfurt am Main isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de
Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de Krefeld isl-krefeld@die-welt-ist-keine-ware.de
München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de Oldenburg/O. isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de
Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de Stuttgart isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de
Andere Orte isl@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Manuel Kellner
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
(02 21) 9 23 11 96 • isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag • Dasselstr. 75–77 • 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 • Fax 9 23 11 97 • redaktion@soz-verlag.de